

# Müritzzeitung vom 16. Juni 2011

## Gutachten rät zum Kampf um den Titel

**HEILBAD** Die Studie eines Hamburger Tourismusinstitutes sieht überwiegend positive Auswirkungen für die Warener Stadtentwicklung.

VON THOMAS BEIGANG

**WAREN.** Die Stadt Waren soll in ihrem Kampf um das Prädikat Heilbad nicht locker lassen. Das ist das Ergebnis eines Gutachtens, das der Geschäftsführer des Hamburger Freizeit- und Tourismusinstituts, Ralf Trimborn, den Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses präsentierte. Die Zahl der Argumente, die für den Titel Heilbad sprechen, überschreite bei weitem die Anzahl der Gegen-Gründe, so Trimborn. Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses entschieden sich während ihrer Beratung gegen einen Bürgerentscheid zum Thema Heilbad. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit hat allerdings die Stadtvertretung.

Zu den Argumenten, die für das Prädikat Heilbad sprechen, zählt nach Ansicht des Hamburger Instituts in erster Linie die Stärkung des Wirtschaftsfaktors Tourismus. „Die Bedingungen, die an den Titel geknüpft sind, versprechen eine Saisonverlängerung“, so Trimborn. Dadurch würden nicht nur die touristischen Wettbewerbschancen erhöht, sondern auch eine Steigerung der Lebensqualität der Warener erreicht, hieß es weiter.

Mehr Gesundheitstouristen, die über das ganze Jahr nach Waren kommen, ziehen auch mehr kulturelle Veranstaltungen in die Kreisstadt, sagte Trimborn. Außerdem würde sich, da sich dann mehr Ärzte in Waren niederlassen, auch die medizinische Versorgung der Einwohner verbessern. Ebenso würde der Titel Heilbad wohl auch positive Effekte bei der Beschäftigungsquote bewirken. Allein im Gesundheitshotel, das im nächsten Jahr die Pforten öffnet, „winken“ über 100 neue Jobs.

Mögliche Ängste unter der Bevölkerung, dass im Kurort Waren alles teurer werde, seien unbegründet, sagte Trimborn. Erfahrungen in anderen Heilbädern, in Mecklenburg-Vorpommern gibt es mit Bad Sülze und Bad Doberan nur zwei Kommunen im Binnenland, die einen solchen Titel tragen, würden besagen, dass keine Steigerung der

Lebenshaltungskosten nachweisbar seien. Mögliche höhere Immobilienpreise seien ausschließlich an die touristische Entwicklung geknüpft. „Das hat mit dem Titel Heilbad nichts zu tun“,

so Trimborn.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende in der Stadtvertretung, Toralf Schnur, der den Antrag auf einen Bürgerentscheid eingereicht hatte, lehnte die Ergebnisse des Gutachtens ab. Die Auswirkungen, die der Titel Heilbad vermutlich nach sich ziehen werde, seien nach wie vor nicht bekannt, so Schnur. „Das ist eine wichtige Entscheidung für viele Jahrzehnte“, so der FDP-Stadtvertreter. „darüber sollten die Bürger entscheiden dürfen.“

**SIEHE ANGEMERKT**

**ANGEMERKT**

## Wem nützt es wirklich?

VON THOMAS BEIGANG

**K**riminalisten, die an einen Tatort gerufen werden, müssen sich schnell um die Beantwortung einer Frage sorgen: Cui bono – wem nützt es? Eine alte Regel: Wem das Verbrechen nützt, der hat es begangen.

Nun ist die Warener Stadtvertretung kein Tatort und das Begehren der FDP-Fraktion, mit deren Mehrheit einen Bürgerentscheid über den Kampf um den Titel Heilbad herbeizuführen, noch lange kein Verbrechen. Dennoch sei die Frage gestattet: Wem nützt es?

Die Frage, ob es mit Waren weitergehen und der Luftkurort sich irgendwann auch um den Titel des Heilbades bemühen soll, ist lange entschieden. Schon vor Jahren haben sich die von den Bürgern der Stadt gewählten Stadtvertreter dazu bekannt. Aus gutem Grund: Luftkurorte gibt es nun nicht gerade wie Sand am Meer, aber doch zuhauf. Heilbäder hingegen nur sehr wenige, denn die Kriterien, dieses Prädikat zu erlangen, sind hart. Wichtigste Voraussetzung dafür: ein Kurzentrum. Mit dem Gesundheitshotel auf dem Papenberg verfügt Waren bald über eines, wo die aus der Tiefe geförderte Sole als Heilmittel genutzt werden kann. Gesundheitstouristen, die aus diesem Grund nach Waren kommen, „binden“ sich nicht an die Sommersaison.

Wer soll daraus einen Nachteil ziehen, wie die FDP befürchtet? Klettern die Preise in Gaststätten in die Höhe, nur mal so als Beispiel, entscheidet immer noch der Gast über das Schicksals solcher Gastronomen. Mit seinen Füßen.

Sich zum Anwalt der Bürger berufen, ohne dass die einen „Rechtsbeistand“ benötigen, grenzt fast an Nötigung. Viel besser stünde auch den Liberalen sachliche und vorurteilsfreie Aufklärung zu Gesicht.